

Situation für Karlsruher Künstler verschärft sich

Kulturamt empfiehlt Ablehnung einer Ausstellungsvergütung: Freie Szene meldet sich kritisch zu Wort

Von unserem Redaktionsmitglied
Andreas Jüttner

Ein alter Witz geht so: Wie wird man als Künstler Millionär? Indem man als Milliardär anfängt. Lachen darüber kann in der Kunstszene wohl kaum jemand. Denn mit dem Glamour von Blockbuster-Ausstellungen oder Kunstauktions-Rekorden hat der Alltag dort nichts zu tun. Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der bildenden Kunst waren schon vor der Corona-Krise zu großen Teilen prekär: Laut einer Umfrage der Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler von 2016 verdienen nur zehn Prozent der hier Tätigen mehr als 20.000 Euro im Jahr. Zwei Drittel der Befragten hingegen erreichen weniger als 5.000 Euro. Nochmal in Worten: weniger als fünftausend Euro. Im Jahr.

Eine zumindest kleine Abhilfe könnten Ausstellungsvergütungen schaffen, deren bundesweite Einführung 2005 am damaligen Regierungswechsel scheiterte. „Einem Profimusiker würde niemand die Gage für Auftritte verweigern mit dem Argument, dass er dort ja für den Verkauf seiner Platten werben kann“, sagt der Karlsruher Künstler Simon Pfeffel. „Aber bei Ausstellungen hält sich in der Öffentlichkeit und der Kulturpolitik genau diese Vorstellung.“

”

Einem Profimusiker würde niemand die Gage für Auftritte verweigern.

Simon Pfeffel
Künstler aus Karlsruhe

Zwar gebe es Stipendien und Projektförderungen. Doch dieses System decke oft nicht einmal die anfallenden Kosten für Material, Aufbau und Werbung. „Als Organisatorin darf ich in Förderungsanträgen nur minimal Honorare für Künstler geltend machen“, sagt Lisa Bergmann, Vorsitzende des Bezirksverbands Bildender Künstler in Karlsruhe. „Als Künstlerin darf ich es gar nicht.“ Wer zu einer Ausstellung eingeladen werde und ein Honorar fordere, riskiere sogar, wieder ausgeladen oder künftig nicht mehr berücksichtigt zu werden.

Die daraus entstehende Situation hat der Künstler und Filmemacher Patrick Alan Banfield, Absolvent der Städelschule Frankfurt und der HfG Karlsruhe, bei einer Podiumsdiskussion im BBK wie folgt auf den Punkt gebracht: „Manche



Belebung des Stadtraums: Freie Kunstinitiativen wie der Karlsruher Verein „die anstoß“, hier bei einer Aktion auf dem Kronenplatz im Sommer 2018, tragen zum Flair der Kulturstadt bei. Finanziell honoriert werden künstlerische Beiträge aber nur selten. Foto: Sebastian Heck

räumen bei Penny Regale ein, um Kunst machen zu dürfen.“ Wohlgerückt: Die Rede ist nicht von Hobbymalern, sondern von Menschen, die sich mit einem mehrjährigen Hochschulstudium auf den Künstlerberuf vorbereitet haben.

Gegen diesen Zustand haben Bergmann und Pfeffel im Februar eine Forderung nach einer landesweiten Einführung von Ausstellungsvergütungen veröffentlicht. Beispiele hierfür gibt es bereits: So stellt Berlin seit 2016 jährlich 400.000 Euro zusätzlich für Ausstellungsvergütungen in kommunalen Galerien bereit. Brandenburg zahlt seit 2017 für Ausstellung in Einrichtungen der Landesverwaltung, Hamburg bezuschusst hierfür seit 2019 auch unabhängige Kunstorte, und 2020 folgte Karlsruher Partnerstadt Halle.

Ob es auch in Karlsruhe zu Ausstellungsvergütungen kommen wird, diskutiert der Gemeinderat am 20. April. Das Kulturamt hat für seine Stellungnahme zu einem entsprechenden Antrag der Fraktion „Die Linke“ recherchiert, dass

2019 in zwölf befragten Einrichtungen 60 Ausstellungen mit insgesamt 583 beteiligten Künstlerinnen und Künstlern stattfanden. Nach den beantragten Vorgaben wäre hierfür ein Gesamtbetrag von 311.000 Euro fällig geworden. Zwar sei die Zahl der in Karlsruhe lebenden freischaffenden bildenden Künstler nicht erfasst. Man gehe aber davon aus, dass ihre wirtschaftliche Lage der überwiegend prekären Situation andernorts ähne und dass eine Verbesserung der Kunst- und Kulturstadt Karlsruhe ein Anliegen sein sollte. Da es aber für eine Ausstellungsvergütung keine gesetzliche Verpflichtung gebe und der städtische Haushalt Vorgaben des Regierungspräsidiums beachten müsse, werde empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Dies finden die Initiatoren alarmierend und kontraproduktiv, zumal angesichts der speziellen Situation in Karlsruhe. Die Stadt hat mit der Akademie der Bildenden Künste und der Hochschule für Gestaltung gleich zwei staatlich finanzierte Kunsthochschulen aufzuweisen.

Das gebe es sonst nur noch in Essen und in Berlin, erklärt Lisa Bergmann. Diese hohe Dichte beschere der Stadt eine überdurchschnittlich große und vielseitige Off-Szene, die maßgeblich zur Lebensqualität beitrage. Auch an Karlsruhe sechstem Platz beim Kultur-Ranking unter den 30 größten deutschen Städten im Jahr 2016 hätten die vielen niederschwellig zugänglichen Off-Spaces einen Anteil.

„Auf die hohe Anzahl der Initiativen hier ist man sogar in Stuttgart neidisch“, sagt Simon Pfeffel. Doch das Potenzial werde viel zu wenig genutzt: „Die städtische Kulturförderung hier neigt zwar dazu, vieles zu gestatten, was ja erst mal kein schlechter Ansatz ist. Aber es ist kein Konzept erkennbar, Initiativen professionalisierend zu unterstützen, obwohl das Strahlkraft für die Stadt bedeuten könnte.“ In Stuttgart sehe dies anders aus: „Wenn dort ein Projektraum fünf Jahre lang kontinuierlich mit Inhalten präsent ist, bekommt er proaktiv institutionelle Förderung angeboten.“

Weil regelmäßig junge Künstler nachrücken und mit viel Idealismus etwas auf die Beine stellen, habe es sich die städtische Kulturförderung etwas bequem gemacht, findet auch Norina Quinte. „Uns wurde einmal offen gesagt, dass wir als Kulturschaffende unsere Projekte ja ohnehin umsetzen würden, ob es nun Förderung gibt oder nicht“, erinnert sich die Mitgründerin des interdisziplinären Vereins „die anstoß“. Zwar werde der Verein durchaus von der Stadt unterstützt, etwa durch relativ günstige Raumvermietung seitens der Fächer GmbH. Die öffentlichen Aktionen des Vereins aber finanziere man in der Regel durch Mitgliederbeiträge und Spenden, sagt Quinte. „Letztlich bezahlen wir da Geld, um überhaupt arbeiten zu können.“

”

Letztlich bezahlen wir Geld, um überhaupt arbeiten zu können.

Nora Quinte
Gründerin des Vereins „die anstoß“

Dabei spielten freie Initiativen eine große Rolle bei der Einrichtung und Pflege der kulturpolitisch oft beschworenen „dritten Orte“, die Begegnung und Austausch ohne kommerzialisierten Hintergrund ermöglichen. „Besucherzahlen der freien Initiativen belaufen sich auf weit mehr als 21.000 Personen pro Jahr“, sagt Lisa Bergmann. „Es gibt also durchaus Nachfrage nach unserem Angebot.“

In den vergangenen Wochen hat sich die Situation der freien Szene zusätzlich verschärft: Große Immobilienprojekte führen zum Aus für Atelieregelände wie dem soziokulturellen Zentrum P8 in der Karlsruher Nordstadt. Auch die seit 2011 existierenden Nordbeckenateliers beim Karlsruher Hafen sind durch einen anstehenden Immobilienverkauf bedroht. Hier immerhin ist der Gemeinderat bereits aktiv: Am Dienstag sollen auch zwei Areale als Raum für Kunst- und Kulturschaffende diskutiert werden, darunter die schnelle Erschließung einer Gewerbeimmobilie, die von den P8-Betreibern aufgetan worden ist. Norina Quinte bringt angesichts der Nordbeckenateliers einen weiteren Ort ins Spiel: „Ich kann nicht nachvollziehen, weshalb eine am Wasser gelegene Stadt sich gegen die kulturelle Nutzung des Hafens trübt“, sagt sie. „Ein Blick auf Mannheim verrät doch, dass sich Industrie und Kultur überhaupt nicht im Weg stehen.“